
An MdB Nils Schmid

Sehr geehrter Herr Schmid,

Im Februar 2021 hat sich in Kirchheim u. Teck die Friedensinitiative FIN.K gegründet.



Ihr gehören neben zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Kirchheim und Umgebung (attac; DFG-VK; Pax Christi), Gewerkschaften (GEW Esslingen-Nürtingen) und Kirchen (bis dato: Evangelische Gesamtkirchengemeinde; die Katholische Gesamtkirchengemeinde prüft momentan den Beitritt) auch die Ortsverbände der Parteien Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und SPD an.

Deutsche Rüstungsexporte befördern bewaffnete Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen und gefährden Menschenleben und Menschenrechte. Die Bundesregierung bezeichnet ihre Rüstungsexportpolitik seit Jahren als restriktiv.

Die erteilten Genehmigungen für die Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern stehen jedoch im Gegensatz zur Kennzeichnung „restriktiv“. 2018 wurden 11.142 Einzelanträge zur Ausfuhr von Rüstungsgüter genehmigt – und 88 Anträge abgelehnt. Dies entspricht einer Ablehnungsquote von 0,78 Prozent und einer Genehmigungsquote von 99,22 Prozent.

Deutschland gehört seit Jahren zu den Top 5 der größten Waffenexporteure der Welt. 2019 wurden mit einem Wert von über acht Milliarden Euro so viele Rüstungsexporte wie noch nie genehmigt. Zu den größten Empfängern gehörte u.a. die am Jemenkrieg beteiligten Vereinigten Arabischen Emirate (257 Mio. Euro).

Berichte der Vereinten Nationen über Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen durch Mitglieder der Militärkoalition im Jemen haben die Bundesregierung nicht dazu veranlasst, ihre Waffenexporte an z.B. die Vereinigten Arabischen Emirate einzustellen.

Zur Begründung hieß es, der Bundesregierung würden „keine Erkenntnisse vor[liegen], die als belastbarer Nachweis konkreter Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen gewertet werden können.“ ([Drs. 19/18828, 21.04.2020, Frage 10](#))

Dass „belastbare Nachweise“ vermeintlich fehlen, darf nicht dazu führen, dass Rüstungsexporte weiterhin genehmigt werden. Damit die Bundesregierung ihrer menschen- und völkerrechtlichen Verantwortung nachkommt, muss diese **Logik von Genehmigungen umgekehrt werden!**

Erst wenn tatsächlich keine Gefahr besteht, dass mit den gelieferten Waffen Menschen- oder Völkerrecht verletzt werden könnten oder das friedliche Zusammenleben der Völker gefährdet wird, darf in weiteren Schritten eine Exportgenehmigung überhaupt weiter geprüft werden.

Die Bundesregierung schadet ihrer Glaubwürdigkeit, wenn sie weiter an einer Genehmigungspolitik der Interessenabwägung festhält, statt ihren eigenen und den europäischen Werten sowie ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen den absoluten Vorrang zu geben.

Sie als Mitglied des aktuellen und möglicherweise auch des künftigen Bundestages müssen in der Lage sein, die Entscheidungen der Exekutive nachzuvollziehen und zu kontrollieren. Das ist Ihr verfassungsgemäßer Auftrag. Die Bundesregierung muss ihre Exportgenehmigungen anhand der

Friedensinitiative FIN.K Kirchheim u. Teck: attac Regionalgruppe Kirchheim, Bündnis 90/Die Grünen Kirchheim, Die LINKE Kirchheim, DFG-VK Kirchheim, Evangelische Gesamtkirchengemeinde Kirchheim, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Esslingen-Nürtingen, PAX Christi Kirchheim, SPD Kirchheim und weitere Initiativen/Organisationen (Katholische Gesamtkirchengemeinde Kirchheim – Beratung/Beschlussfassung im April 2021)

festzulegenden, strengen Kriterien begründen und zeitnah darüber berichten. Ein Verbandsklagerecht muss der Zivilgesellschaft ermöglichen, die Rechtmäßigkeit einer Genehmigung gerichtlich überprüfen zu lassen.

Wir bitten Sie und Ihre Partei/Bundestagsfraktion eindringlich:

- Setzen Sie sich für ein Rüstungsexportkontrollgesetz ein, damit Rüstungsexporte streng kontrolliert und nur in begründeten Ausnahmefällen genehmigt werden.
- Treten Sie dafür ein, dass alle Mitglieder des Bundestages über das Gesetz frei nach ihrem Gewissen entscheiden können, ohne das Ergebnis durch Parteibeschlüsse vorweg zu nehmen.
- Machen Sie sich dafür stark, dass die Menschenrechte und das Völkerrecht Vorrang gegenüber außen- und sicherheitspolitischen oder wirtschaftlichen Interessen erhalten.

Mit unserer Bitte an Sie stehen wir nicht allein. Für eine repräsentative Erhebung hatte das Meinungsforschungsinstitut Kantar Mitte Februar 2020 im Auftrag von Greenpeace 1010 Menschen befragt. Parteiübergreifend lehnte eine große Mehrheit Rüstungsexporte an Länder ab, die am Jemen-Krieg beteiligt sind. Laut der [Umfrage](#) befürworteten im Durchschnitt 70 Prozent der Befragten ein Gesetz, das Rüstungsexporte an Länder verbietet, die Krieg führen oder sich in Krisengebieten befinden.

Die Partezuordnung hatte zwar Einfluss auf den Zustimmungswert, jedoch stimmten in allen Fällen über die Hälfte für ein solches Gesetz. Ein Drittel der Befragten sprach sich sogar dafür aus, dass Deutschland gar keine Waffen mehr exportiert.

Über eine zeitnahe Antwort, die auch zur Veröffentlichung bestimmt ist, würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Dörr

Friedensinitiative Kirchheim u. Teck (FIN.K)

Notzingen, den 18.4.21

Friedensinitiative FIN.K Kirchheim u. Teck: attac Regionalgruppe Kirchheim, Bündnis 90/Die Grünen Kirchheim, Die LINKE Kirchheim, DFG-VK Kirchheim, Evangelische Gesamtkirchengemeinde Kirchheim, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Esslingen-Nürtingen, PAX Christi Kirchheim, SPD Kirchheim und weitere Initiativen/Organisationen (Katholische Gesamtkirchengemeinde Kirchheim – Beratung/Beschlussfassung im April 2021)